AKDB

Neue Ära in der Verwaltung

[14.10.2024] Die AKDB-Vorstände Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner sorgen sich um den akuten Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung. Sie plädieren für mehr Digitalisierung und Automatisierung, aber auch für den Einsatz Künstlicher Intelligenz.

Auf einer Pressekonferenz im Rahmen des AKDB Kommunalforums am 10. Oktober 2024 in München zeigten sich die AKDB-Vorstände Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner besorgt über den akuten Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung. „Alle vorliegenden Studien gehen davon aus, dass im Jahr 2030 etwa 20 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst nicht besetzt sein werden“, so Rudolf Schleyer.

Seine Kollegin Gudrun Aschenbrenner wies darauf hin, dass die Situation insbesondere in den Jugendämtern bereits heute teilweise dramatisch sei: „Nur noch ein Drittel der Jugendämter in Deutschland sieht sich in der Lage, Meldungen über Kindeswohlgefährdungen zeitnah zu bearbeiten“, berichtete Aschenbrenner. Diese Problematik habe weitreichende Folgen für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und stelle ein ernsthaftes Risiko für die Erfüllung grundlegender staatlicher Aufgaben dar.

Gebundene Tätigkeiten automatisieren

Um den Personalengpässen entgegenzuwirken, seien Digitalisierung und Automatisierung, aber auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) wichtiger denn je. Es gehe darum, „gebundene Tätigkeiten“ in der Verwaltung zu automatisieren, also Aufgaben, die wenig Entscheidungsspielraum lassen und sich in repetitiven Arbeiten erschöpfen. AKDB-Vorstandssprecher Schleyer betonte: „Diese Aufgaben müssen dringend von menschlichen Eingriffen befreit werden, sonst leidet der Bürger.“ Als Beispiele nannte er lange Wartezeiten bei der Kfz-Zulassung oder im Sozialamt, die nicht akzeptabel seien.

Von der AKDB werde erwartet, dass sie datenschutzkonforme und sichere IT-Lösungen entwickelt, die den Verwaltungsmitarbeitern helfen, ihre Arbeit effizienter zu erledigen. Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz hätten durchaus das Potenzial, Prozesse zu vereinfachen, so Schleyer und Aschenbrenner. Das zeigen Pilotprojekte, die der IT-Dienstleister mit seinen Kunden durchführt.

Es gebe aber auch Herausforderungen. KI befinde sich in einer präproduktiven Phase und man müsse bedenken, welche enorme Rechenleistung für KI-Anwendungen notwendig sei. Und: Datenschutz und Datensicherheit müssten immer gewährleistet sein, gerade wenn es um sensible Daten wie in der Jugendhilfe gehe: „Wir müssen sicherstellen, dass wir dieser KI eben nicht die Möglichkeit geben, über Daten zu verfügen, die geschützt sind“, so Gudrun Aschenbrenner.

Politik sollte Digital Only durchsetzen

Die AKDB-Vorständin forderte die Politik auf, das Prinzip Digital Only durchzusetzen, also Verwaltungsleistungen künftig ausschließlich digital anzubieten. Dadurch könnten erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden. Ein anschauliches Beispiel sei die Onlinebeantragung des

Energiekostenzuschusses für Studierende. Zwei Tage nach Antragstellung sei das Geld auf dem Konto gewesen, berichtete Rudolf Schleyer.

Die AKDB will dazu beitragen, eine neue Ära in der Verwaltung einzuläuten. Ohne technologische Anpassungen und Fortschritte könne der Staat die von den Bürgern erwartete Grundversorgung nicht mehr gewährleisten. „Entweder wir schaffen es oder wir scheitern“, warnten die AKDB-Vorstände und betonten die Bedeutung der Digitalisierung der Verwaltung als entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie.

()

Stichwörter: Unternehmen, AKDB, AKDB Kommunalforum 2024